

Universität ELTE, Juristische Fakultät
Doktorandenkolleg Politikwissenschaft

ESZTER KOVÁTS

FEINDBILD, HEGEMONIE UND REFLEXION

Bedeutung und Funktion des Genderbegriffs

in der Politik des Orbán-Regimes und der deutschen radikalen Rechten

ZUSAMMENFASSUNG DER DISSERTATION

Betreuer: Prof. Dr. Zoltán Fleck

DOI: 10.15476/ELTE.2021.168

Budapest, 2021

1. Bisherige Forschung, Problemstellung

Seit Anfang der 2010-er Jahre sind europaweit und global soziale Bewegungen entstanden, die gegen den Begriff Gender agitieren. Die sozialen Bewegungen, die teilweise an Kirchen und/oder rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien angebunden sind, richten sich, je nach Kontext, gegen verschiedene Themen und Belange: Genderforschung und ihre öffentliche Finanzierung, Gender Mainstreaming, reproduktive Rechte von Frauen, Verhütung und Bekämpfung von geschlechtspezifischer Gewalt,¹ Forderungen zur Ausweitung der Rechte bzgl. sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, z.B. gleichgeschlechtliche Ehe, Sensibilisierungsmaterialien für Schüler bzgl. sexueller und geschlechtlicher Minderheiten, neue Reproduktionstechnologien. All diesen Anliegen gemeinsam ist der Vorwurf von „Genderideologie“, „Gendertheorie“ oder „Genderismus“, weshalb sich De der Großteil der Literatur auf das Phänomen als Anti-Gender-Bewegungen bezieht.

Im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern rückte in Ungarn das Thema „Genderideologie“ erst spät, Ende Februar-März 2017 in den Fokus der Politik. Darüber hinaus (und auch das ist ein Unterschied zu den meisten Ländern) kam der Angriff von Seiten der Regierung und den mit ihr verbundenen Medien und Organisationen. Auf der Ebene des öffentlichen Diskurses ist das Thema im Land dennoch seit Jahren präsent. 2008 erschien erstmals ein Lehrbuch für den Geschichtsunterricht an Schulen, das auch Genderperspektiven berücksichtigt, und 2010 ein Gesetz zur Kindergartenpädagogik zur Bekämpfung von Stereotypen. Zu diesem Anlass wurde im öffentlichen Diskurs der Vorwurf „Genderideologie“ erstmalig erwähnt, und taucht seitdem von Zeit zu Zeit in der Öffentlichkeit auf. Im Dezember 2015 kam der Begriff im öffentlichen Bewusstsein an, weil Parlamentspräsident László Kövér in einer Rede den "Genderwahn" geißelte. Die Nachricht vom Start des Masterstudiengangs Gender Studies an der Universität ELTE und die Aussicht auf Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) führten im ersten Quartal 2017 zur Klage von der Regierung und von den ihr nahestehenden Organisationen und von den Regierungsmedien, dass „Genderideologie“ betrieben würde. Dies kulminierte erstmalig im August 2018, als die Regierung ihre Absicht ankündigte, den Master-Abschluss in Geschlechterforschung aus der Liste der

¹ Geschlechtsspezifisch, geschlechtsbasiert = die ihren Ursprung in den ungleichen Machtverhältnissen der beiden Geschlechter hat, z.B. die sexuelle Gewalt und die häusliche Gewalt, die vor allem Frauen betreffen.

akkreditierten Kurse zu streichen, was im Oktober desselben Jahres per Regierungsdekret umgesetzt wurde. Während der ersten Welle der Covid-19-Pandemie im Mai 2020 stimmte das ungarische Parlament für eine politische Erklärung, die Istanbul-Konvention nicht zu ratifizieren, und verabschiedete ein Gesetz, das das Geburtsgeschlecht im Geburtenregister als unveränderliche Kategorie einführt. Im Dezember 2020 enthielt der Änderungsantrag 9 des Grundgesetzes den Satz "die Mutter ist weiblichen, der Vater männlichen Geschlechts" und eine Bestimmung zum Schutz des Rechts des Kindes auf eine seinem biologischen Geschlecht entsprechende Identität. Im Juni 2021 verabschiedete das Parlament das sogenannte Kinderschutzgesetz, das die Darstellung von Homosexualität und Transidentität in Werbung und Schulbildung verbietet und gleichzeitig die Strafbarkeit von Pädophilie verschärft. Diese Maßnahmen wurden von der Regierung mit einer akuten Bedrohung durch „Genderideologie“ gerechtfertigt.

Auch in Deutschland ist eine Partei der wichtigste Akteur in der rechten Mobilisierung gegen den Begriff Gender, die *Alternative für Deutschland* (AfD). Seit ihrer Gründung 2013 sind neben dem Thema Migration ihre wichtigsten Themen damit verbunden: Gender Mainstreaming, öffentliche Förderung der Geschlechterforschung, die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten und der Sprachgebrauch, der Frauen und "alle Geschlechter" sichtbar machen soll, stehen im Fokus der AfD, verbunden mit einem konservativen Familien- und Menschenbild bezüglich der wünschenswerten Geschlechterrollen für Frauen und Männer. Zwar eine Minderheit und in der Opposition in Deutschland, sind die Anti-Gender-Aktivitäten und Diskurse der AfD wie bei Fidesz in ein breiteres Netzwerk eingebettet. Die Partei agiert als Teil eines sogenannten neurechten Netzwerks von Intellektuellen, Zeitschriften und Organisationen, die radikaler als die bürgerlichen Konservativen sind, und kulturelle Hegemonie schaffen wollen. Doch während sich die rechte Anti-Gender-Politik in Ungarn auf westeuropäische und nordamerikanische Entwicklungen bezieht, reagiert sie in Deutschland auf politische Initiativen deutscher progressiver Parteien, zum Beispiel zur Selbstbestimmung von Geschlecht und genderneutraler Sprache.

In Ungarn wurden seit 2010 zahlreiche Untersuchungen zu anderen Feindbildern der Regierung und regierungsnaher Organisationen durchgeführt; eine umfassende empirische Analyse zum Feindbild „Genderideologie“ lag bisher noch nicht vor. Der Diskurs und die Politik der AfD und der verschiedenen Akteure der deutschen Neuen Rechten zum Genderbegriff wurden bereits erforscht, aber in den Studien typischerweise

in einem nationalen Rahmen diskutiert und mit lokalen politischen Besonderheiten erklärt. Allerdings tauchen ähnliche sprachliche Elemente und Forderungen in beiden nationalen Diskurskoalitionen auf, scheinbar unabhängig voneinander. Frühere Forschungen haben gezeigt, dass der Anti-Gender-Diskurs ein transnationales Phänomen ist, und dass seine Akteure in internationalen Netzwerken agieren. Daher müssen einem methodologischen Nationalismus verhaftete Ansätze, die sich nur auf den nationalen Kontext beschränken, unweigerlich unvollständig bleiben. Eine vergleichende Analyse liefert neue Erkenntnisse über die Politik beider Parteien (beziehungsweise rechtsradikaler Netzwerke) und das transnationale Anti-Gender-Phänomen in seiner Verflechtung mit breiteren politischen Zielen.

Die Rolle von Geschlecht (Gender) in den Programmen und der Unterstützung verschiedener rechter Parteien und Bewegungen - d.h. wie Vorstellungen über gesellschaftliche Verhältnisse zwischen den beiden Geschlechtern die politischen und fachpolitischen Praktiken dieser Parteien prägen, und wie diese Praktiken die hierarchischen Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern reproduzieren oder verändern – wird seit Jahrzehnten untersucht. Die Rolle von "Gender", also des Begriffs selbst als Gegenstand politischer Debatten, ist jedoch erst in den letzten Jahren ins Visier des politikwissenschaftlichen Interesses gerückt, und zwar vor dem Hintergrund, dass sich die wachsenden rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien in ganz Europa dem ursprünglich in religiösen Kontexten verwurzelten Anti-Gender-Phänomen angeschlossen haben.

Seine transnationale Verbreitung wurde von den Forschern mit dem Toolkit der Bewegungsforschung erfasst. Für PolitikwissenschaftlerInnen aus den Gender Studies, die vor allem poststrukturalistisch geprägt sind, beschränkt sich die Anti-Gender-Forschung typischerweise darauf, zu untersuchen, wie die Rechte das Bild einer bedrohlichen Genderideologie konstruiert und damit ihre Unterdrückung von Minderheiten legitimiert. Neben dem normativen Ansatz ist diesen Analysen gemeinsam, dass sie sich auf die Angebotsseite konzentrieren: Sie analysieren die Akteure der radikalen und anti-Gender-Rechten, ihre Netzwerke, Mobilisierungsstrategien und ideologischen Angebote. Die Nachfrage (d.h. ob und welche sozialen Bedürfnisse diese Bewegungen und die Angebote dieser Parteien nähren) wird entweder vom Angebot abgeleitet (die Rechte konstruiere diese Interpretation der Realität, die kulturelle Rahmung von Missständen und gegebenenfalls die Projektion anderer Missstände auf

„Gender“), oder wird auf sozialpsychologische Phänomene, auf veraltete, antimodernistische Einstellungen reduziert: zum Beispiel auf einen vermeintlichen Glauben an die Minderwertigkeit von Frauen und sexuellen Minderheiten, auf den vermeintlichen Wunsch, patriarchale und heterosexuelle Privilegien zu erhalten, und die Angst, diese zu verlieren. Aus der normativen Haltung und dem Angebotsfokus heraus ist es typischerweise nicht Gegenstand der Untersuchung, in welchem Verhältnis der rechte Anti-Gender-Diskurs zu den aktivistischen, politischen und wissenschaftlichen Trends steht, die mit dem Konzept von Gender arbeiten. Den dominanten Interpretationen ist auch gemeinsam, dass sie Gender und „Gender“ gleichsetzen, d.h. sie konstatieren eine passgenaue Kontinuität zwischen den alten Kämpfen (antifeministisch, homophob, Förderung sogenannter traditioneller Geschlechterrollen) und dem heutigen Anti-Gender-Diskurs: sie sehen die explizite Erwähnung des Begriffs Gender als ein auf die Umstände der Gegenwart aktualisiertes Kommunikationsinstrument. Sie verweisen darauf, dass sich gegen die Gleichstellung der Frauen und Männer zu wenden politisch inkorrekt wäre, weshalb die Rechten – so die Argumentation – die Genderideologie und die sogenannten Genderfeministen angreifen würden. Diese Ansätze können jedoch nicht erklären, warum sich das Konzept Gender für politische Mobilisierung eignet, bzw. bieten als einziges Erklärungsmuster dafür Rückständigkeit und ideologische Verblendung an. Nach meiner Einschätzung kann die Gender Studies-Literatur zum deutschen und transnationalen Anti-Gender-Diskurs, die sich überwiegend aus einer starken konstruktivistischen Tradition speist, viele Aspekte des Phänomens nicht erklären. Darüber hinaus übersieht diese Literatur aufgrund ihrer stark normativen Ausrichtung nicht nur bestimmte Zusammenhänge, sondern reproduziert auch die politische Polarisierung in der Wissenschaft, die sie in der Welt untersucht, und bei der extremen Rechten kritisiert. Meine Forschungsfragen und Methodologie sind im Hinblick auf diese blinden Flecken früherer Forschungen entwickelt.

Wenn ich den Begriff Gender in einem analytischen Sinne verwende, dann ohne Anführungszeichen (Gender). Wenn ich die vielen Bedeutungen des rechten Diskurses meine, die in der Arbeit ausgeführt werden, markiere ich ihn mit Anführungszeichen („Gender“).

2. Forschungsfragen der Dissertation

Die Arbeit sucht Antworten auf folgende Fragen:

1. Welche *Bedeutung* hat "Gender" im Diskurs des Orbán-Regimes und der deutschen radikalen Rechten? Welche anderen Themen sind damit verbunden? In welchem Verhältnis stehen diese Inhalte zu den Forderungen der sogenannten progressiven Seite?
2. Wie sind institutionelle rechte politische Akteure und die neurechte Intelligenz zu den Hauptakteuren im Anti-Gender-Diskurs in den beiden Ländern geworden? Welche Faktoren haben ihr Engagement beeinflusst?
3. In welchem Verhältnis steht der Anti-Gender-Diskurs der ungarischen Regierung zu dem der deutschen Neuen Rechten? Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, sowohl in Bezug auf Argumente als auch auf organisationale Verflechtungen? Welche Auswirkungen hat es, dass die Rechten in Ungarn mit einer (verfassungsändernden) parlamentarischen Zweidrittelmehrheit regieren, während sie in Deutschland aus der Opposition gegen „Gender“ kämpfen? Was sagen uns die Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Verflechtungen über die breiteren politischen Bestrebungen der beiden rechten Formationen aus, und was über das transnationale Anti-Gender-Phänomen?
4. Welche *Funktion* hat der Anti-Gender-Diskurs bezüglich der kurz- und langfristigen politischen Ziele der beiden untersuchten politischen Diskurskoalitionen?
5. In welches diskursive Umfeld kommt ihr Anti-Gender-Diskurs an? Was verleiht ihren Behauptungen empirische Glaubwürdigkeit, warum können sie Resonanz erzeugen?

Um diese Fragen zu beantworten, war eine gemischte Methodik erforderlich. Erstens, sie ist interdisziplinär. Sie hat Ansätze und Erkenntnisse aus Politikwissenschaft, politischer Soziologie, Gesellschafts- und Gendertheorien kombiniert.²

Zweitens sah ich die gemischte Methodik im Hinblick auf unterschiedliche Typen von Daten als notwendig, um ihre Validität zu erhöhen: Mein Datenmaterial umfasst zum einen den politischen Kontext und den Prozess; zum anderen die qualitative Auswertung von eigenen Aussagen/Interpretationen/Texten der Akteure der radikalen Rechten zu diesem Thema (was ist die Diagnose, was steht auf dem Spiel, was ist zu tun); drittens, die tatsächlichen Forderungen der progressiven Seite, auf die von rechter Seite aus Bezug

²Das Thema betraf auch Fragen der politischen Ökonomie, Linguistik, Erziehungswissenschaften, Psychologie und Biologie, die ich aber mangels Expertise nicht weiter vertieft habe.

genommen, auf die (angeblich) reagiert wird; und die politischen Prozesse und Diskurse des jeweiligen anderen Landes für beide Länder. Diese bilden das empirische Material.

Drittens ist die Methodik auch insofern gemischt, indem sie zur Beantwortung der Fragen empirische und theoretische Forschungsmethoden kombiniert. Die Politisierung des Genderbegriffs und den Prozess der wachsenden Bedeutung der politischen Akteure darin rekonstruierte ich in einer vergleichenden Perspektive. Um kausale Zusammenhänge besser zu verstehen, wird die Methode der Prozessanalyse (*process tracing*) angewendet. Zur Zusammenstellung des deutschen und ungarischen Samples, zur Aufrechterhaltung der dialektischen Beziehung von Empirie und Theorie, für die Datenerfassung und Datenanalyse und die aus dem Sample abgeleiteten theoretischen Erklärungen habe ich den Ansatz der *Grounded Theory* benutzt. Um zu erarbeiten, welchen Inhalt die untersuchten Akteure dem Begriff „Gender“ zuschreiben, wird die Untersuchung der relevantesten Framings durch eine Rahmenanalyse (*Frame-Analysis*) umgesetzt. Die Haupt-Frames – soweit möglich – habe ich mit den tatsächlichen progressiven Forderungen verglichen und im Zusammenhang mit den diesbezüglichen theoretischen und empirischen Forschungen analysiert. Schließlich habe ich aufgrund der Interpretation der Prozesse und der Frames die Funktionen von „Gender“ in der Politik der deutschen Neuen Rechten und der Orbán-Regierung zusammengetragen, und die theoretischen Schlussfolgerungen gezogen.

Mein Ansatz war, dass eine *gemeinsame* Untersuchung des politischen Prozesses und der Frames sowie der Frames und die für ihre Resonanz notwendigen diskursiven Gelegenheitsstrukturen, d.h. ein schwacher konstruktivistischer Ansatz ein genaueres Bild des Anti-Gender-Phänomens vermitteln würde als die derzeit in der Literatur dominierenden hochnormativen, postmodern-konstruktivistischen Ansätze.

Das Hauptziel der Arbeit bestand darin, durch eine vergleichende Untersuchung zu einem genaueren Verständnis des ungarischen und deutschen politischen Anti-Gender-Diskurses beizutragen, sowie Aspekte zur Erklärung des Anti-Gender-Phänomens bereitzustellen, die möglicherweise über die beiden Kontexte hinausgehen.

3. Aufbau der Dissertation

Im ersten Teil wird die Literatur über transnationale Anti-Gender-Bewegungen aufgearbeitet. Zuerst kläre ich die Konzepte von Gender und Anti-Gender. In Bezug auf Letzteres widme ich einen speziellen Abschnitt der Unterscheidung zwischen Kritik und Diskreditierung, die in der vorhandenen Literatur aus normativen Gründen oft miteinander vermischt werden. Ich skizziere dann die Ursprünge und die Chronologie des transnationalen Anti-Gender-Phänomens und Ansätze zur Überschneidung zwischen Anti-Gender-Bewegungen und Parteien. Dann beschreibe ich die Hauptinterpretationen des Phänomens – ihre Ergebnisse und blinden Flecken – kritisch, auf deren Grundlage ich die Fragen formuliere, die die bisherige Forschung offen gelassen hat, und welche diese Dissertation versucht zu beantworten.

Im zweiten methodischen Kapitel erkläre ich meine ontologischen und epistemologischen Ausgangspunkte sowie meine Forschungsfragen, und erläutere dann, warum ich mich für eine vergleichende Analyse entschieden habe: Warum ich vergleiche, warum Deutschland und Ungarn, warum die radikale Rechte in der Opposition beziehungsweise in der Regierung Gegenstand meiner Untersuchung ist. Als nächstes beschreibe ich die Methodik der *Prozessanalyse*, der *Grounded Theory* und der *Frame-Analyse*, und wie diese Methodenkombination dazu beigetragen hat, das Sample zusammen zu stellen und zu analysieren, und kausale Zusammenhänge zu entdecken. Das methodische Kapitel schließe ich mit einem forschungsethischen Teil ab.

Im dritten Teil analysiere ich das empirische Material. Zu Beginn beschreibe ich die drei Schlüsselbegriffe, die aus der Empirie über die Funktionen der „Gender“-Politik in der Politik der beiden rechten Diskurskoalitionen hervorgegangen sind: Feindbild, Hegemonie und Reflexion. Mit ihrer Hilfe analysiere ich die Chronologie und die Themen des Anti-Gender-Phänomens in Deutschland und Ungarn, sowie den Prozess, durch den die neue Rechte in Deutschland und die ungarische Regierung zu den Hauptgestaltenden des jeweiligen nationalen Anti-Gender-Diskurses wurden. Dann analysiere ich ihre vier inhaltlichen Haupt-Rahmen für „Gender“: Verwischung der Geschlechter, Ideologie, Unterdrückung und Krise. Anschließend interpretiere ich sie im Lichte relevanter sozialtheoretischer und empirischer Forschung, vergleiche die kontextuellen deutsch-ungarischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten, und untersuche ihre diskursive Rahmenbedingungen und ihre empirische Glaubwürdigkeit. Abschließend werden die

theoretischen Konsequenzen der vergleichenden Prozess- und Rahmenanalyse anhand der drei Funktionen zusammengefasst.

4. Ergebnisse des Vergleichs des politischen Prozesses von „Gender“

In Deutschland begann der Anti-Gender-Diskurs in den Jahren 2005-2006, die diesbezügliche soziale Bewegung und neue rechts-intellektuelle und parteipolitische Repräsentation ab 2013-2014. Seit 2008 ist das Thema in Ungarn sporadisch vorhanden, seit 2017 beschäftigen sich die Regierung und regierungsnaher intellektuelle Kreise und Medien mit dem Thema.

Eine Analyse des Politisierungsprozesses zeigte, dass es bei den mit „Gender“ thematisierten Anliegen eine große Überschneidung gibt. Gender Mainstreaming und Gendersprache sind spezifisch deutsche Themen. Der kontextuelle Grund für das erste Phänomen ist, dass in Deutschland von 2005 bis 2021 die CDU und die CSU, also Mitte-Rechts-Parteien an der Macht waren, in Koalition mit progressiven Parteien auf der Bundesebene und in mehreren Bundesländern. Währenddessen regiert die Fidesz-KDNP-Koalition seit 11 Jahren in Ungarn, und die Integration von Gender Mainstreaming in die Praxis kommt für sie nicht in Frage. Das zweite Phänomen ist auf sprachliche Gründe zurückzuführen: Die geschlechtsneutrale ungarische Sprache ist nicht für diese Art von progressiver Politisierung geeignet, gegen die die Rechte Einspruch erheben könnten. Die Haltung zur Istanbul-Konvention ist eine spezifisch ungarische Angelegenheit: In Deutschland ist ihre Ratifizierung letztlich reibungslos verlaufen. Als die AfD in Landesparlamenten dagegen protestierte, tat sie dies mit der Begründung, dass eine Gefahr für die körperliche Unversehrtheit von Frauen von Migrantinnen ausgehe. Aber die anderen Themen sind gemeinsam: Gender Studies, gleichgeschlechtliche Ehe, Sexualerziehung und Sensibilisierung von Kindern und die Forderungen von trans- und nicht-binär-identifizierten Menschen. Und nicht nur die Anliegen sind gemeinsam, sondern auch die vorgebrachten Argumente; sogar die Bezeichnung (Genderwahn), die historischen Analogien (Kommunismus und Nazismus) und die Metapher (trojanisches Pferd) sind die gleichen. Das gilt auch in Fällen, in denen die Anliegen nicht in jeder Hinsicht deckungsgleich sind: Das deutsche Hauptargument gegen Gender-Mainstreaming, nämlich dass es dabei nur vorgeblich um Frauenrechte geht, aber in Wirklichkeit um die heimtückische Einführung einer geschlechtlichen Vielfalt, entsteht in Ungarn im Zusammenhang mit der Istanbul-Konvention.

Vergleicht man den Diskurs zwischen Fidesz-KDNP und AfD, so lässt sich schlussfolgern, dass die AfD in mehreren Fragen eine liberalere Haltung einnimmt als die ungarische Regierungskoalition: Zum einen schlägt die AfD gegenüber Homosexualität keine kritischen oder gezielt politisch ausgerichteten homophoben Töne an – im Gegensatz zu Fidesz-KDNP. Zum anderen wird das Phänomen, dass Minderjährige in der Pubertät eine andere sexuelle Orientierung als die Mehrheit entdecken, nicht als das Ergebnis von Propaganda betrachtet. Drittens wird Transidentität von der AfD nur in Bezug auf Minderjährige abgelehnt und in Bezug auf die Tatsache, dass progressive Parteien beim Geschlechtsänderungsverfahren das medizinische und psychologische Gutachtungsverfahren aufheben würden. Im Mai 2020 nahm Fidesz-KDNP auch der erwachsenen Bevölkerung die Möglichkeit der rechtlichen Geschlechtsänderung.

Ebenfalls wichtig ist, dass die deutsche radikale Rechte aus einer Minderheitenposition auf progressive politische Forderungen reagiert, die in Deutschland auch tatsächlich umgesetzt werden. In Ungarn hingegen politisiert die Regierungskoalition die Entwicklungen Westeuropas und Nordamerikas, benutzt sie gegen die Opposition und legitimiert damit ihre Einmischung in die Freiheit der Wissenschaft, ihre stigmatisierenden und feindbildenden Praktiken gegen Minderheiten, und im weiteren Sinne den Ausbau einer neuen kulturellen Hegemonie und der illiberalen Demokratie. Wie die AfD hält auch die außerparlamentarische deutsche Neue Rechte Orbáns "Gender"-Politik für vorbildlich, wie bei der Rezeption der Abschaffung der Gender-Studies-Masterstudiengänge, der 9. Novelle des Grundgesetzes und des Pädophiliegesetzes ersichtlich wurde.

Die AfD (und die neurechten Intellektuellen in Deutschland) und das Orbán-Regime verfolgen die gleiche diskursive Strategie zum Thema "Gender", ihre Unterschiede sind nicht ideologisch, sondern durch ihre politische Position definiert (Minderheit versus verfassungsändernde Mehrheit). Darüber hinaus erscheint das, was im einen Land geschieht, als diskursive Rahmenbedingung in der neurechten „Gender“-Politik des anderen Landes: Das Orbán-Regime nutzt die tatsächlichen LSBT-Forderungen in den Zentrumsländern, einschließlich Deutschland, für ihre Innenpolitik aus: Sie verleihen ihrer polarisierenden Rhetorik und Krisenerzählung empirische Glaubwürdigkeit. Und für die neue Rechte in Deutschland ist das Orbán-Regime der Beweis dafür, dass „es eine Alternative gibt.“

Die Analyse der beiden Länder hat auch gezeigt, dass das Anti-Gender-Phänomen nicht in einem Rahmen von Bewegung-Gegenbewegung (und ihren politischen Verbündeten) oder Bewegung-gegen-Staat interpretiert werden kann, weil sonst wichtige organisatorische Überlegungen ignoriert werden müssten. Zum einen ist es deshalb nicht angemessen, weil der Staat ein aktiver Akteur im Anti-Gender-Diskurs sein kann, dies ist in Ungarn und mehreren anderen Ländern der Fall. Zweitens ist dieser Rahmen auch deshalb nicht geeignet, weil verschiedene Akteure die Rollen wechseln oder mehrere Rollen gleichzeitig einnehmen können (zum Beispiel kann jemand sowohl Propagandajournalist als auch Intellektueller, im Vorstand einer konservativen NGO und Politiker einer rechtsradikalen Partei sein). Drittens, weil die verschiedenen Akteure in Bewegungs-, Subkultur- und Parteipolitik oft Mitglieder derselben nationalen oder internationalen Netzwerke sind. Im ungarischen Fall geht es nicht um die Kooptierung unabhängiger NGOs, sondern entweder um die vom Staat gegründeten Organisationen oder um andere, die ideologisch auf der gleichen Plattform wie die Regierung stehen und daher natürliche Verbündete der Regierung sind, zumindest in "Gender"-Fragen. Hier handelt es sich um die Neudefinierung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Zivilgesellschaft, wofür ein konzeptionelles Toolkit erst noch entwickelt werden muss. Für meine spezifischen Fragen habe ich daher als Alternative zum rein bewegungskonzeptuellen Apparat oder dem reinen Partei- und Regierungsfokus das Konzept der Diskurskoalition verwendet, um die Konstellation heterogener Akteure, die im Fall "Gender" verbündet sind, aufgreifen zu können.

5. Ergebnisse der Rahmenanalyse

Ich habe vier inhaltliche Rahmen des Anti-Gender-Diskurses der deutschen und ungarischen rechtsradikalen Diskurskoalitionen analysiert. Diese sind die Rahmen der (1) Verwischung der Geschlechter, (2) Ideologie, (3) Unterdrückung und (4) Krise. Ich interpretiere ihre Begründungen (Subrahmen) und vergleiche sie mit Trends im realen progressiven Gender-Aktivismus und Gender Studies im Lichte relevanter Gesellschafts- und Gender-Theorien. Für Letzteres habe ich eklektische Theoriebildung (*eclectic theorizing*) angewendet. Das heißt, ich suchte nach Theorien, um die beiden Fälle und ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede, sowie die empirische Glaubwürdigkeit der Anti-Gender-Politik und -Diskurses der beiden rechtsradikalen Akteurkonstellationen erklären zu können.

Der erste Rahmen ist der Vorwurf der Verwischung der Geschlechter. Ich war neugierig, inwieweit sich der Vorwurf (1) auf die Gleichstellung von Frauen und Männern, (2) auf Homosexualität und (3) auf Fragen der Trans- und nicht-binären Geschlechteridentitäten bezieht. Im Einklang mit früheren Untersuchungen habe ich auch festgestellt, dass die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern unter "Gender" nur am Rande vorkommt. Homosexualität ist auch eine relativ seltene Interpretation; wenn sie auftritt, sind mit der "Genderideologie" in erster Linie gleichgeschlechtliche Ehe und/oder Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare gemeint, und nicht die gleichgeschlechtliche Orientierung selbst. Die beiden untersuchten Diskurskoalitionen benutzen den Begriff "Genderideologie" konsequent für Trans und nicht-binäre, individuell entschiedene Geschlechtsidentitäten. Inzwischen verstehen Akteure in der feministischen und in der LSBT-Politik verschiedene Dinge unter Gender, wie zum Beispiel weibliche/männliche Geschlechterrollen oder interne Geschlechtsidentität. Ich habe dafür vier Subrahmen identifiziert, wie rechte Anti-Gender-Akteure die Bedeutung von Gender als die weiblichen und männlichen Geschlechterrollen mit der von Geschlecht im Sinne von Geschlechtsidentitäten in Zusammenhang bringen. (1) das alte „Gender“ ist gut, das neue ist schlecht; (2) das alte und das neue „Gender“ sind identisch, bzw. sie sind beide schlecht; (3) die Gleichstellung von Frauen und Männern ebnete den Weg für Transgenderismus; (4) Es geht um ein trojanisches Pferd: Der Verweis auf die Gleichstellung von Frauen und Männern ist irreführend, das Ziel sei es, Transgenderismus einzuführen und die Geschlechter zu verwischen.

Der zweite Rahmen ist der Ideologievorwurf, der zusammen mit der Verwischung der Geschlechter die Hauptinterpretation in jedem Land ist, in dem Anti-Genderismus vorhanden ist, da sich der gesamte Diskurs um die Konzepte des Genderismus, der Gendertheorie und der Genderideologie herum organisiert. Die Ideologievorwürfe werden in beiden Ländern vor allem bezüglich der Geschlechterforschung erhoben, zweitens in Bezug auf die sexuelle Aufklärung von Kindern, und die Sensibilisierung für LGBT-Themen. Der Begriff der Ideologie ist nicht ausgearbeitet, er bezieht sich nicht auf die Literatur von Ideologiekritik der letzten Jahrzehnte. Ideologie wird hauptsächlich alltagsweltlich verstanden: falsches Wissen, zum Zweck der Manipulation. Sie vergleichen Genderideologie mal mit Ideologien totalitärer Regime und mal religiösen Überzeugungen.

Die untersuchten rechtsradikalen Akteure begründen typischerweise auf vier Arten, warum Gender als Ideologie betrachtet werden kann: (1) Weil es durch Kritikresistenz und Immunisierungsstrategien gekennzeichnet ist: sie schließe Kritik durch ihre normativen theoretischen Ausgangspunkte und deren dogmatische, geschlossene Repräsentation aus. (2) Weil es bestreite, dass biologische Faktoren verhaltensbedingte und psychische Folgen für Jungen und Mädchen sowie für Männer und Frauen haben. (3) Weil die Tatsache, dass sie eine kritische Sozialwissenschaft ist, sie unwissenschaftlich mache. Mit anderen Worten, Anti-Gender-Akteure erkennen nicht die Möglichkeit an, Wissenschaft von einer normativen Position aus zu kultivieren. (4) Es propagiere die Vielfalt der Geschlechter, Transgenderismus und nicht-binäre Geschlechtsidentitäten – und das sei falsches Wissen, da es nur zwei Geschlechter gibt.

Ich finde die in Punkt 1 vorgebrachte Kritik so berechtigt, dass sie auch einer der Ausgangspunkte der Dissertation war, nämlich die Beobachtung, dass in einem wesentlichen Teil der Literatur zum Anti-Gender-Phänomen die Ebenen der Kritik und Dämonisierung und Homogenisierung für politische Zwecke aus normativen Gründen vermischt werden. Das verhindert die Erkenntnis und ist potentiell ein Katalysator für antagonistische Gegenreaktionen. Insofern werfen – so wie im Fall von Punkt 2 – die neurechten Akteure Kritiken auf, die Gegenstand von Debatten innerhalb der Gender Studies und der feministischen und LSBT-Politik darstellen. Die in Frage stehenden Vorwürfe sind daher nicht völlig aus der Luft gegriffen, können aber nicht als charakteristisch für das gesamte Gebiet angesehen werden. Punkt 3. bezieht sich auf eine seit mehreren Jahrzehnten laufende wissenschaftspolitische Debatte in den Sozialwissenschaften, nämlich ob Wissenschaft von einer normativen Position aus gemacht werden kann. Geschlechterforschung ist – wie alle Perspektiven auf dem Boden kritischer Theorien – ihrem Selbstverständnis nach ideologisch, aus der wissenschaftskritischen Überzeugung heraus, dass es kein Wissen außerhalb sozialer Strukturen und Machtverhältnisse gibt. Das bedeutet auch, dass die Wissenschaft, die sich selbst als unvoreingenommen und nicht-ideologisch sieht, ideologisch ist, aber sie weiß nichts davon, oder sie verschleiert es absichtlich.

Ist Gender eine Ideologie im Sinne des 4. Vorwurfs? Worauf ich mich in der Dissertation beschränke, ist eine positivistische Ideologiekritik, wie die Vertreter der Frankfurter Schule es nennen würden, d.h. ich untersuche falsches Bewusstsein nur im epistemischen Sinne: ob es ein falsches Wissen gibt, das im Sinne von wahr oder falsch entschieden

werden kann, also einen Fehler in Bezug auf den epistemischen Status von Aussagen: zum Beispiel sachlicher Irrtum, etwas für kognitiven Inhalt zu halten, der empirisch nicht zu rechtfertigen ist, Werturteile als Tatsachenbehauptungen darzustellen oder ein gesellschaftliches Phänomen für ein Naturphänomen zu halten. In der Analyse komme ich zu dem Schluss, dass einige der politischen Forderungen derjenigen, die sich als Trans oder nicht-binär identifizieren, in die Kategorie der Ideologie fallen können. Gender-Dysphorie oder Gender-Inkongruenz als mentale Kondition ist real und kann nicht immer mit Therapie behandelt werden, so dass es möglich ist, dass eine Geschlechtsumwandlung einigen Erwachsenen ein besseres Leben bieten kann. Im Gegensatz dazu gehen einige der trans- und nicht-binären politischen Forderungen darüber hinaus, gesellschaftliche Akzeptanz für diese empatiwürdige Minderheitenposition zu erlangen, wenn sie ontologische Behauptungen aufstellen: nämlich, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt; dass unser Geschlecht nicht von unserem Körper abhängt; und dass das Geschlecht verändert werden kann. Im epistemischen Sinne, basierend auf dem aktuellen Stand des naturwissenschaftlichen Wissens, kann eine solche monologische und voluntaristische Herangehensweise an das Geschlecht als Ideologie bezeichnet werden.

Der dritte Rahmen, den ich den Rahmen der Unterdrückung genannt habe, enthält die Behauptungen, nach welchen „Gender“ irgendwie eine von außen auferlegte Sichtweise sei. UNO, EU, USA, der „Westen“ – es kann unterschiedliche Ursprünge haben, aber sein Wesen ist, dass es über dem Nationalstaat steht und die nationale Souveränität untergräbt, mit den lokalen politischen Gegnern als seinen Dienern. Für die deutschen radikalen Rechten sind letztere hauptsächlich der „grün-rote Mainstream“ sowie die Mainstream-Medien, die als „Lügenpresse“ bezeichnet werden; in Ungarn sind es „die Oppositionsmedien“ sowie die Opposition selbst. Und der Vorwurf an letztere ist, dass sie, wenn sie an die Macht kommen, all die Dummheit umsetzen werden, die der Westen und Brüssel fordern. Dies ist der einzige Rahmen unter den vier, bei welchem ich einen signifikanten Unterschied zwischen den ungarischen und den deutschen Befunden gefunden habe. In meinem deutschen Material tauchten die Ost-West-Unterscheidung und der Kolonialismusvorwurf durch „Gender“ nicht auf. Gleichzeitig erscheinen der Westen, die USA und die EU als Bedrohung der nationalen Integrität und Souveränität durch die Propagierung von "Gender". Ich analysiere diesen Rahmen im Kontext der Zentrum–(Semi-)Peripherie-Ungleichheiten innerhalb Europas, die sich im Falle Deutschlands und Ungarns als Ost-West-Ungleichheiten artikuliert haben (in

Deutschland sogar innerhalb eines Landes). Es gab viel empirische und theoretische Forschung zu den wirtschaftlichen, kulturellen/symbolischen und epistemischen/wissenschaftlichen Aspekten dieser Ungleichheiten. Diese drei Dimensionen zeigen sich im Bereich Gender zu drei Themen: Genderpolitik, Gender Studies sowie feministischer und LGBT-Aktivismus. Auf dieser Grundlage scheint das Narrativ der externen Unterdrückung eine Dimension des Anti-Gender-Phänomens zu erfassen. Die Rechte nutzt sie als Projektionsfläche, um die real erlebten ökonomischen, symbolischen und epistemischen Ungleichheiten zu erfassen – die nicht nur die Merkmale dieser drei Genderbereiche sind, aber auch charakteristisch für sie. Dies verleiht ihnen empirische Glaubwürdigkeit und macht sie zu einem geeigneten Feindbild, sowie zum geeigneten Symbol der hierarchischen Ost-West-Verhältnisse, der EU-Kritik oder der US-Hegemonie.

Den vierten Rahmen habe ich mit dem Begriff der Krise erfasst. Die Krise kann als eine Kombination von drei Faktoren definiert werden: Bedrohung (vieles steht auf dem Spiel), Unsicherheit (unsicherer Ausgang) und Dringlichkeit (Notwendigkeit sofortigen Handelns). Im „Gender“-Diskurs der beiden untersuchten Diskurskoalitionen konnte ich dies in drei Dimensionen erfassen: (1) der Verlust von Gewissheiten, (2) die anthropologische Revolution, (3) die Kinder. Die Krisenmetaphorik durchdringt von Anfang an den Diskurs über "Gender" und Gender Mainstreaming in beiden Ländern. Doch während das, worauf sich die deutsche Neue Rechte als bedrohliche „Genderideologie“ und Krisenphänomen in Form von Forderungen, Ereignissen und Gesetzesentwürfen beruft, präsent ist und mit bloßem Auge beobachtet werden kann, handelt es sich in Ungarn um die alarmistische und hysterische Rezeption westlicher Prozesse, verbunden mit der Behauptung, dass die Kinder zu Opfern der Genderlobby würden und das Land und die europäische Zivilisation unweigerlich untergehen würden, wenn die Opposition an die Macht käme. In der Dissertation argumentierte ich daher, dass einerseits auch geographische Aspekte beeinflussen, ob "Gender" und die Gesamtheit der verbundenen Phänomene (*Cancel Culture*, individualisierte Intersektionalität usw.), in die es eingebettet ist, als Krise angesehen werden können (d.h. wo die fraglichen Trends stattfinden). Auf der anderen Seite sind es normative Aspekte, aber sie sind nicht dichotom: in den verschiedenen Fragen konvergieren sie nicht unbedingt auf einer konservativen versus progressiven Achse.

6. Theoretische Ergebnisse der Dissertation

Basierend auf der vergleichenden empirischen Prozess- und Rahmenanalyse fasste ich die theoretischen Schlussfolgerungen der Dissertation in Anlehnung an Chantal Mouffes Konzepte von Agonismus und Antagonismus zusammen, mit Hilfe deren aus meiner Sicht alle drei Funktionen (Feindbild, Hegemonie und Reflexion) der Politisierung von "Gender" im Diskurs der beiden untersuchten Diskurskoalitionen erklärt werden können. Basierend auf dem empirischen Material kann festgestellt werden, dass der Anti-Gender-Diskurs nicht nur Feindbild und Hegemoniebestrebung ist, sondern *auch* eine Reflexion. Die empirische Glaubwürdigkeit der alarmistischen, verzerrten und oft übertriebenen Aussagen der radikalen Rechten wird durch reale Phänomene vermittelt. Anders formuliert: die diskursiven Gelegenheitsstrukturen des rechten Anti-Gender-Diskurses in Ungarn sind die progressiven Forderungen in den Zentrumsländern, einschließlich Deutschland.

Die sogenannte progressive Seite beruft sich auf den Menschenrechtskonsens, also auf eine entpolitisierte, moralisierende Haltung, und bezeichnet bestimmte politische Positionen von Anfang an als illegitim, „-phob“ und ausschließend. Progressive Hegemoniebestrebungen bestehen daher auch darin, ihre Forderungen zu Menschenrechten also zu einem universalen Minimalkonsens zu deklarieren; seine Infragestellung käme einer Infragestellung der Menschenrechte gleich. Das ist die gleiche Diskursstrategie der Verleumdung und Dämonisierung, die den Rechten vorgeworfen wird. In Folge dessen kann die agonistische Dynamik des Pluralismus nicht ansetzen, was dazu führt, dass die verdrängten Konflikte auf eine antagonistische Art und Weise ausbrechen, und dazu, dass rechte politische Kräfte, die nach Gegenhegemonie streben, sie in antagonistischer Form politisieren und in ihre eigenen kurz- und langfristigen politischen Ziele integrieren. Ein integraler Bestandteil der konsensbasierten Idee der liberalen Demokratie ist die Pathologisierung politischer Konflikte, und damit die Verwischung von Agonismus und Antagonismus. Dies gilt auch für "Gender", in dem Sinne, dass Forscher und Aktivisten, die mit dem Konzept Gender arbeiten, allerlei Genderkritik in den Vorwurf des Antidemokratismus stellen. Um dies in meine Theorie integrieren zu können, führe ich nach Mouffe die Begriffe von Genderagonismus und Genderantagonismus ein.

Genderagonismus bezeichnet den diskursiven Raum, der auf den Erkenntnissen basiert, dass Politik konflikthaft ist; dass Konsens weder möglich noch wünschenswert ist; dass

verschiedene Hegemonieprojekte miteinander konkurrieren – auf der sogenannten progressiven Seite auch (ob zugegeben oder nicht); auf der Erkenntnis, dass es zur Formulierung eines „Wir“ und einer politische Identität eines „Sie“ erforderlich ist. Letztere Arten von Beziehungen müssen jedoch nicht unbedingt symmetrisch sein, d.h. das „Wir“ der einen Seite soll nicht unbedingt das „Sie“ der anderen Seite sein oder umgekehrt; oder ein einzelnes „Wir“ kann mehr als ein „Sie“ haben. Die konstruktivistische, genderkritische feministische Seite definiert sich zum Beispiel gleichzeitig gegen die rechte und die queere Seite, ohne zu behaupten, dass diese beiden Gegner ein einziges homogenes „Anderes“ wären. Innerhalb von Genderagonismus bedeutet „anti-Gender“ also eine Kritik an bestimmten Behauptungen des feministischen oder LGBT-Aktivismus oder an bestimmten Theorien der Gender Studies – sei es innerhalb von Bewegungen oder Disziplinen oder von außen, über die Nützlichkeit von Konzepten und politischen Zielen, den wissenschaftlichen Wert bestimmter theoretischer Ansätze oder spezifischer Studien. Da lediglich nicht alles nur Diskurs ist, können die Fragen, was als Bedrohung, Revolution, äußerer Zwang oder Kindergefährdung angesehen werden kann, im Kontext des Genderagonismus auf legitime Art und Weise aufgeworfen werden. Mit anderen Worten, die bloße Tatsache, dass die Behauptung einer Bedrohung – dass vieles auf dem Spiel ist –, der Mobilisierung und der Identitätsbildung dient, widerlegt die Argumente nicht automatisch.

Im Falle des Genderantagonismus jedoch spricht der Anti-Gender-Diskurs seinen politischen Gegnern den gemeinsamen politischen Raum ab und stellt sie als illegitime Feinde dar, die "uns" angreifen, weshalb alle Mittel erlaubt sind und sogar notwendig sein können. Die Akteure, die sich in diesem Rahmen bewegen, zielen nicht darauf ab, den antagonistischen Konflikt in eine pluralismuskonforme Form zu zähmen; sie sind ausgesprochen daran interessiert, "Wir" und "Sie" zu homogenisieren, in dem "Wir" moralisch gut und "Sie" moralisch schlecht sind. Der Zweck des genderantagonistischen Diskurses ist es, den als homogen dargestellten Anderen zu diskreditieren, lächerlich zu machen oder zu einem kosmischen Feind der Gemeinschaft darzustellen – ihn aus der politischen Gemeinschaft hinauszudefinieren. Diese Art von Anti-Gender-Praktik kann – da antipluralistisch – als undemokratisch betrachtet werden.

Die Akteure des Anti-Gender-Diskurses der deutschen und ungarischen Rechten lassen sich nicht einheitlich in die Kategorien Genderagonismus oder Genderantagonismus einteilen. Wenn sie echte politische Bestrebungen ins Visier nehmen und kritisieren –

ruhig oder polemisch, hegemonialen Zielen folgend oder nur auf einen bestimmten Fall reagierend – verstehen sie Politik auf agonistische Weise. Das Überschreiten der Grenze kann zum einen in der Homogenisierung begriffen werden, das heißt in der Behauptung, dass alle GenderforscherInnen, alle genderfachpolitischen Experten, alle Feministinnen und alle LSBT-Aktivist*innen, alle Politiker von *der anderen* Seite, die gleiche Ideologie teilen und derselben Lobby angehören. Zweitens, in der dämonisierenden und polarisierenden Geste, das heißt, in der Darstellung der Gegner in einer Feind-Konfiguration. Drittens kann es über den Diskurs hinaus in der Praxis der Feindbildkonstruktion erfasst werden, die undemokratische Praktiken legitimiert, wie zum Beispiel Verletzungen der Rechte politischer oder sexueller und geschlechtlicher Minderheiten, politische Einmischung (oder deren Forderung) im Bereich der Wissenschaft, Belästigung und Angriffe auf gegnerische (in Ungarn regierungskritische, in Deutschland rechtskritische) NGOs.

Der Unterschied zwischen Genderagonismus und Genderantagonismus liegt daher nicht im Inhalt der Kritik, sondern im Verhältnis des Diskurses zur Demokratie. Darüber hinaus, wie die Dimension der Reflexion es aufzeigt, ist es nicht nur das Ergebnis der Konstruktion rechtsradikaler Akteure, welche von den beiden Konfigurationen entsteht.

Die Ablehnung der Daseinsberechtigung agonistischer Konflikte in einem moralischen Register auf progressiver Seite produziert seinen eigenen antagonistischen Widerstand. Der Kampf gegen die „Genderideologie“ ist auch eine Antwort auf die hegemonialen Bestrebungen und diskursiven Strategien der progressiven Seite. Dabei verfolgen rechtsradikale Akteure jedoch eine schmittianische, und nicht eine mouffeiansiche Konfliktauffassung, das heißt, sie betrachten „Genderisten“ nicht als Gegner, sondern als Feinde.

7. Schlussfolgerung

„Gender“-Fragen und Anti-Genderpolitik sind Teil der politischen Agenda in beiden Ländern, auch bei der Einreichung der Dissertation im Herbst 2021. Mit einem beweglichen Ziel ist es nicht nur schwierig, eine ruhige, analytische Position zu bewahren, sondern die Forschungsergebnisse sollten auch mit Vorbehalt behandelt werden. Im Laufe der Zeit, wenn sich unser Wissen über das Phänomen erweitert, können neue Aspekte und Dimensionen entstehen, die derzeit noch nicht sichtbar sind – oder die

ich noch nicht bemerkt habe, oder denen ich nicht genügend Bedeutung beigemessen habe.

Mein Ziel mit der Dissertation war es, die blinden Flecken der Forschung auf dem Gebiet durch einen deutsch-ungarischen Vergleich und einen schwachen konstruktivistischen Ansatz zu erklären und die deutschen und ungarischen Fälle sowie die Elemente der beiden Fälle, die über den nationalen Kontext hinausweisen, besser zu verstehen. Im Hinblick auf das dialektische Verhältnis von Materialität und Diskursivität analysierte ich sowohl den politischen Prozess *und* die „Gender“-Frames der politischer Akteure, als auch den Inhalt der Framings *und* die nicht-diskursiven Aspekte der Inhalte.

Durch eine gemeinsame Analyse der Rahmen und des politischen Prozesses wurden die drei Funktionen erkennbar, die die Antagonisierung von „Gender“ in der Politik der beiden rechtsradikalen Diskurskoalitionen erfüllt: Feindbild, Hegemonie und Reflexion. Ich integrierte die identifizierten Funktionen wieder in die Analyse: Ich schrieb die Analyse sowohl der Prozesse als auch der Framings mit Blick auf die Funktionen, beziehungsweise schrieb sie damit neu. Die sich formierende Theorie führte zur weiteren Erhebung von Daten, und die neu erhobenen Daten dienten dazu, die sich formierende Theorie zu überprüfen. Der iterative Ansatz und Methodologie der *Grounded Theory* haben mich geleitet, auch bei der Identifizierung der Frames, und der Aufrechterhaltung des dialektischen Verhältnisses zwischen Frame-Analyse und *Process tracing*.

In Folge der angewandten methodologischen Triangulation und theoretischen Erklärung sind die Identifizierung der drei Hauptdimensionen und die Erforschung der Verbindungen zwischen ihnen die Hauptergebnisse meiner Forschung. Feindbild, Hegemonie, Reflexion: Diese drei Dimensionen müssen gemeinsam berücksichtigt werden, um den Anti-Gender-Diskurs in den beiden untersuchten Ländern interpretieren zu können. Die ersten beiden Dimensionen gehören zur Angebotsseite und zu den Inhalten jenseits von Gender, die dritte gehört zur Nachfrage und zu den Gender-Inhalten. Wenn der Fokus nur auf der ersten Dimension oder der ersten und zweiten Dimension liegt, dann wird die Frage, warum das Konzept Gender selbst Feindbild oder in einem Hegemoniekampf verwendet werden kann, ignoriert. Wenn wir das Thema auf die dritte Dimension beschränken, berücksichtigen wir nicht, dass der Widerstand gegen progressive Forderungen in populistische Machtpraxis oder Machtbestrebungen eingebettet ist, das heißt, er selektisiert, dramatisiert, homogenisiert, polarisiert. Wenn wir im Sinne des Backlash-Arguments die Dimensionen von Hegemonie und Reflexion

auf die Aufrechterhaltung patriarchaler, heteronormativer Hegemonie beschränken, dann ignorieren wir die Tatsache, dass die progressiven Bestrebungen und Gesetzesinitiativen, die in den letzten fünf bis zehn Jahren in den Zentrumsländern stattgefunden haben, über all dies hinausgehen. Deshalb müssen alle drei Dimensionen angenommen werden: die kurz- und langfristigen politischen Ziele der neuen rechten Akteure zu verstehen, aber auch zu beantworten, welche Elemente der Realität die diskursive Gelegenheitsstruktur bilden, auf deren Boden polarisierende, stigmatisierende Anschuldigungen gedeihen können, und empirisch glaubwürdig erscheinen.